

Corona-Epidemie: Fragen und Antworten

Die Ausbreitung des Coronavirus beunruhigt die Menschen, in dieser Situation ist klar: Der Gesundheitsschutz der Bevölkerung hat oberste Priorität. Den zahlreichen Helferinnen und Helfern, ob in Krankenhäusern, Praxen oder Forschungseinrichtungen, gebührt Dank, Anerkennung und jede Unterstützung. In einer Demokratie ist Information und Aufklärung das Mittel der Wahl. Deshalb muss die Bevölkerung besser und auch auf offiziellem Wege informiert werden. Zudem müssen wir einer drohenden Wirtschaftskrise entgegenwirken.

Muss man Angst vor dem Coronavirus haben?

Die Ausbreitung des Coronavirus führt zu Befürchtungen und Ängste in der Bevölkerung. Jeder Gang in den Supermarkt zeigt, welche Verunsicherung bei den Menschen besteht. Deswegen muss die oberste Priorität der Schutz der Bevölkerung sein. Die FDP-Fraktion unterstützt die Regierung bei allem, was geeignet ist, gesundheitliche Risiken zu reduzieren und die Menschen zu beruhigen. In einer solchen Situation ist nicht die Zeit für eine kleinkarierte parteipolitische Auseinandersetzung mit der Bundesregierung. Erst danach sollte darüber gesprochen werden, wo etwa die Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen nicht funktioniert und wo Anpassungen sinnvoll sind. Über gesundheitliche Risiken hinaus gibt es allerdings auch wirtschaftliche Risiken, die nicht zu unterschätzen sind.

Was sind die Auswirkungen?

Die Corona-Epidemie wirkt sich in Deutschland nicht nur auf die Gesundheit, sondern auch die Wirtschaft aus. Lieferketten werden unterbrochen, weil beispielsweise Vorprodukte aus dem Ausland nicht nach Deutschland gelangen. Ökonomen rechnen nun damit, dass die Folgen der Epidemie in den nächsten Wochen deutlicher ausfallen werden. Das bereits geringe Wirtschaftswachstum in Deutschland wird sich voraussichtlich noch weiter abschwächen. Zudem könnte ein Vertrauensverlust in die internationale Arbeitsteilung und die Globalisierung folgen. Gerade Deutschland als Exportnation wäre davon stark betroffen. Daher muss die Große Koalition auch in der Wirtschaftspolitik endlich handeln. Die Beobachterposition reicht nicht.

Was sollte jetzt getan werden?

So wie die EU-Gesundheitsminister sich in diesen Tagen eng abstimmen, müssen das auch die EU-Wirtschafts- und -Finanzminister tun. Wir brauchen ein koordiniertes europäisches Agieren auf allen Feldern, die von der Corona-

Epidemie betroffen sind. Deshalb ist eine Taskforce der EU-Kommission und der europäischen Mitgliedstaaten erforderlich. Diese muss durch Experten der WHO-Weltgesundheitsorganisation verstärkt werden, um eine globale Krisenkommunikation zu gewährleisten und von den Erfahrungen anderer, insbesondere früher betroffener Länder zu profitieren. Darüber hinaus sind der Wirtschafts- und Finanzminister gefordert, ein Akutprogramm aufzulegen, damit es gar nicht erst zu einem Absturz der deutschen Wirtschaft kommt.

Was schlägt die FDP-Fraktion konkret vor?

Um die wirtschaftlichen Risiken durch die Corona-Epidemie zu minimieren und eine drohende Wirtschaftskrise abzuwenden, brauchen die Unternehmen jetzt Unterstützung. Deshalb sollte die Bundesregierung schnellstmöglich ein Maßnahmenpaket auf den Weg bringen. Dazu gehört, die Kreditversorgung betroffener Unternehmen sicherzustellen. Zudem sollten Bürger und Unternehmen mindestens durch eine vorgezogene Teilabschaffung oder besser komplette Abschaffung des Solidaritätszuschlags entlastet werden. Darüber hinaus könnten sowohl die Betriebe als auch die Verbraucher von Energiekosten entlastet werden, indem die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß gesenkt wird. Eine weitere Maßnahme wäre ein Programm mit Sofortabschreibungen oder schnelleren, beschleunigten Abschreibungen für Investitionen in Wirtschaftsgüter oder in digitale Produktionsmittel. Auch der Zugang zu Kurzarbeit sollte einfacher gestaltet werden, denn die Unternehmen brauchen Flexibilität, um Arbeitsplätze erhalten zu können. Und den Unternehmen könnte schlussendlich durch eine Umgestaltung der Abführung der Sozialversicherungsbeiträge geholfen werden. Mit diesen konkreten Maßnahmen sollte die Große Koalition sofort beginnen, anstatt weiter abzuwarten. Zinssenkungen wie in den USA sind dagegen keine Lösung.